

**Einheimisch 2 mal in Leipzig.**  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an: die Expedition, Hohe Str. 4. L. Hebel, Petersstraße 18. F. Thiele, Emilienstraße 2.

# Der Volksstaat

**Abonnementpreis:**  
Für Preußen incl. Steuer 17 Mgr. für die übrigen teilsweisen Staaten 18 1/2 Mgr. per Quartal per Monat 4 1/2 Mgr. für Leipzig und Umgebung, per Quartal 13 Mgr.  
Abonnement für die Provinzialen 17 Mgr.  
F. A. Sorge, Box 101  
Hoboken N. J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Die rasche Steigerung des Volksstaats-Abonnements hat den Vorrath an Nr. 27, 28, 29, 32 erschöpft, so daß diese Nummern den neu eintretenden Abonnenten nicht mehr geliefert werden können.  
Die Filial Expeditionen werden aufgefordert, die übrigen Exemplare obiger Nummern, so fort einzusenden.  
Die Expedition des Volksstaat.

### Vivent nos amis, les ennemis!

Die Auswanderung aus dem Neuen Reich wird zu einer förmlichen Massenflucht. So schreibt man der „Frankfurter Zeitung“:

Kassel, 21. April. Die Auswanderung aus dem vormaligen Kurfürstenthum Hessen hat in diesem Frühjahr wieder Dimensionen angenommen, wie wir sie nur in den größten Drangsalperioden der 1830er und 1850er Jahre gesehen haben. Die jüngeren Leute, beiderlei Geschlechts, durchziehen, mit Bündeln und Säcken geschmückt, die Stadt, während die Älteren meist am Bahnhof verweilen. Sie alle zerfallen in zwei Kategorien; sie zählen entweder früher zu den Bewohnern der kleineren Städte oder der ländlichen Bevölkerung der Provinz. Auf Anfragen um die Ursache ihres Wegzuges erwideln wir ein und dieselbe Antwort. Die Städte gehen übereinstimmend die Erklärung ab, daß durch den Wegzug der wohlhabenden Bewohner ihres Ortes in größere Städte, die Gewerbe- und Nahrungslosigkeit mit dieser Emigration der Welt zugunommen habe, daß sie sich nicht mehr erhalten können und mit tiefen Schritten die Verarmung jenseits. Sie wanderten aus, ob es für sie zu spät würde, denn durch ein längeres Warten würde es ihnen später unmöglich werden, weil sie alsdann die Mittel dazu auch aufgebracht haben würden. Die jüngeren Leute verzeihen darüber noch eine große Scheu vor dem Militärdienst im Frieden, da sie den „Einjährigen nicht machen könnten“, nicht aber vor dem Kriegsdienste. Sie betrachten sich gegen die heranwachsende Jugend der größeren Städte, der die Gelegenheit gegeben ist, den „Einjährigen zu machen“, zurückgesetzt. Von den eigentlichen Landleuten hört man weniger diesen Grund der Auswanderung anführen, sie sind schon seit den Zeiten der hessischen Landboten her gewohnt, der Lohnarbeit folgen zu müssen, dagegen stimmen die Weichen dahin überein, daß die Verfolgung an Grund und Boden, worin sie dadurch gerathen sind, daß sie durch den hohen Preis, welchen sie für ihren Grundbesitz erlangten, sich verleiern ließen, denselben zu verkaufen, welcher alsdann zu den größeren Güterncomplexen geschlagen wird, in die Lage versetzt werden, auszuwandern, ob das dafür gelohnte Geld verzeiht ist, um anderwärts, d. h. in Amerika, wieder Ackerbau betreiben zu können. Problem zu kaufen, das steht nur einem Hinterhoffen oder Häusler zu. — Uebrigens sind es nicht bloß vormalige Kurhessen, die uns jetzt in dieser Weise mit ihrer Gegenwart beehren, sondern auch Darmstädter, Bodentler und Württembergers sind es, die vom Bahnhof aus sich die im Frühlingsschneid prangende reizende Landschaft beschaun.

Eines Commentars bedarf diese Correspondenz nicht. Inzwischen geht der „Auszug“ aus den östlichen Preussischen Provinzen in steigender Progression fort, und die „Kreuzzeitung“ heulmeiert schon:

Die Abnahme der Bevölkerung im Regierungsbezirk Köslin (Pommern) hat, wie wir hören, die erste Aufmerksamkeit aller beteiligten Behörden auf sich gezogen. Es wird dabei vorwiegend die Frage zur Erörterung gelangen, ob und in wie weit gesetzgeberische Maßregeln nötig werden, um die Zustände in den östlichen Provinzen wirksam und nachhaltig zu verbessern.

„Gesetzgeberische Maßregeln“, das soll entweder heißen: Verbot der Auswanderung! Oder es heißt gar nichts. Verbote dieser Art sind aber wie männiglich bekannt werth- und wirkungslos. „Stütschen Papier.“ Es giebt keine Macht der Erde, und verfügte sie über eine Million Polizeibeaute, die es bei den heutigen Verkehrsmitteln verhindern kann, daß die „Untertanen“ sich dem drohenden Ruin durch Auswanderung entziehen.

Und wer zu arm ist, um auszuwandern, hilft sich anderweitig, so gut es geht. Aus Liegnitz in Schlesien wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet:

Die ländlichen Arbeiter sind von dem Bräuben nach Aufbesserung ihrer Lage nicht unberührt geblieben. Wenigstens hat in neuerer Zeit die Arbeiterpartei eines von einem Inspektor verwalteten Dominiums, welches einem nicht in diesem Kreise wohnenden Herrn gehört, pöblich Erhöhung des Lohnes gefordert, und da der höhere Vorbehalt von dem Inspektor ohne Genehmigung des abwesenden Eigentümers nicht gewährt werden konnte, die Arbeit verließen.

Das heißt, ein Strike der Landarbeiter nach englischem Muster! Die Prophezeiung der „Kreuzzeitung“ hätte sich demnach rasch erfüllt.

Wißt, daß das Vinnland sich entvölkert, und die junge Mannschaft, die des Kaisers Kosernen fällen und seine künftigen Schlachten zu Land schlagen sollte, in hellen Haufen gen Amerika flüchtet, sieht es nicht besser um die Küstendistrikte, wo der Seedienst in ähnlicher Weise abbrechend wirkt, wie im Sinnland die Militärpflicht. In der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ finden wir folgende Correspondenz:

**Schleswig-Holstein.** Den „Gidehede Nachrichten“ wird aus Husum geschrieben: Die Auswanderung nach Amerika nimmt bezüglich an unserer Westküste und vorzugsweise auf den Westsee (nicht riefige Dimensionen an. Täglich kommen hier ganze Züge, theils zu Wagen, theils zu Fuß durch. Vorzugsweise sind es junge Leute, die das Weite suchen. — Bekanntlich liefern die Westsee Inseln die besten Seeleute. Ein großer Theil der von Hamburg aus nach transatlantischen Häfen fahrenden Rauffahrer-Kapitäne hat seine Heimath auf diesen Inseln. Lange bevor das in den Sinesischen Regulationen enthaltene Verbot des Unterrichts in der Deimalbruchrechnung auf den Schullehrseminarien aufgehoben wurde, ward auf den Westsee-Inseln in der Dorfschule der mathematische Unterricht so weit gefördert, daß die Knaben für das spätere in absolutorische Steuermanns-Examen genügend in dieser Wissenschaft vorbereitet waren. Das viele Leute, jetzt in die Fremde treibt, ist hauptsächlich der Marinendienst. Abgesehen davon, daß auf die seemannische Vorbereitung

derselben, welche ungleich besser ist als die der gewöhnlichen Matrosen, namentlich der von der Dänemark, nicht die menschenswerthe Rücksicht genommen zu werden pflegt. Schreit sie die dreijährige Dienstzeit Da fünf Jahre genügen, sie zu amerikanischen Bürgern zu machen, so liegt es sehr nahe, daß sie letzteres vorziehen. Es steht außerdem zu befürchten, daß, wenn nicht ein anderes System der Aushebung für die Marine angenommen wird, die Marine nicht nur die tüchtigsten Seeleute verlieren, sondern außerdem nicht im Stande sein wird, unter der großen Zahl der nicht auf See befindlichen Seeleute die nöthige Disziplin zu halten. Letzteres illustriren die vieler Erzeile.

Die „Kieler Erzeile“, von denen hier die Rede ist, bestanden in der Ermordung zweier Civilpersonen durch einen Marinecadetten (welche Heldthat heiläufig von den oberen Militärbehörden zwar nicht ausdrücklich belobt, aber doch in der Ordnung gefunden wurde).

Und nun eine kurze Betrachtung. Wie man sich erinnern wird, legte im Leipziger Hochverrathsprozess die Anklage den Hauptnachdruck auf die angeblichen Versuche zur Aufreizung der Landbevölkerung und zur Erregung von Mißvergügen mit dem Kriegsdienst. Gerade hierin stellte der „Hochverrath“ stecken. Den Beweis ist die Anklage schuldig geblieben; aber trotzdem steht die Thatsache fest, daß die Landbevölkerung „aufgereizt“ ist, und daß das Mißvergügen mit dem Kriegsdienst „inmitten allgemeiner wird. Die lawinenartige Auswanderung läßt sich nicht ignoriren, ebenso wenig läßt sie sich der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben. Wer aber sind die „Hochverräter“, welche die Bauern und die junge Mannschaft aus Kurhessen, aus den östlichen Provinzen Preußens und aus den Küstendistrikten wegtreiben? Wer sind die „Hochverräter“, die dem wohlhabenden, den sozialdemokratischen „Jrrelehren“ mittelst der Schulregulative freigehaltenen Pommern und Brandenburg die Milch der frommen, für Gott, König und Vaterland schwärmenden Denkart in „gährendem Drachengift“ vermischt haben, und ihn veranlassen, Haus und Hof im „rauhreichen“ monarchischen Vaterlande den Rücken zu kehren, und sich eine neue Heimath in der transatlantischen Republik zu suchen? Wer sind die „Hochverräter“?

Wohlan! Wir gehen getrost auf die Festung. Die „Revolution“, zu deren künstlicher Herbeiführung uns die Macht fehlte, auch wenn wir den Willen hätten, sie wird von unseren Feinden durchgeführt. Vivent nos amis, les ennemis! Es lebe unsere Freunde, die Feinde! Es lebe die Contre-revolution, die unfehlbare „Machete“ der Revolution!

### Urtheile der Presse über den Leipziger Hochverrathsprozess.

(Fortsetzung.)  
Das „Felleisen“, Organ der Deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, äußert sich wie folgt:

Bismarck muß freie Geistes, die ihm unbarmherzig die Wahrheit sagen, stumm machen; die sächsischen Geschwornen, durch den Jenus, aus dem sie hervorgehen, sämtlich der Klasse der Bourgeoisie angehörig, gehen auf den Leim, aus Unwissenheit und Furcht verurtheilen sie die Angeklagten wegen der einzigen Ursache, daß sie Sozialisten sind; Hebel und Liebschnecht kommen zu zwei Jahren Festung — das ist in kurzen Worten das Gerippe des Prozesses.

Wir übergeben das — Verfahren des Präsidenten während des Prozesses, der der Forderung der Wissenschaft zum Trost, daß der Richter das gesammte Streitmaterial, also die Entlastungsmomente ebenso wie die belastenden zusammenzustellen hat, auf die parteiischste Weise die Geschwornen von der Schuld zu überzeugen suchte und die Angeklagten mehrmals in der Freiheit der Verteidigung beschränkte — es ist dies eine Illustration mehr zu der „Unparteilichkeit“ der deutschen Richter. — Unteruchen wir einzig die Bedeutung des Wahrspruches der Geschwornen und der Aufforderung der preussischen Regierung zur Jaanlagoversehung der Redakteure des „Volksstaat“.

Niemand wagt es heute mehr zu bestreiten, daß ein tiefer Riß durch die Gesellschaft geht, daß eine unabsehbare Kluft zwischen Besitz und Nichtbesitz, zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht. Mit zwingender, aus dem Wesen des Menschen selbst hervorgehender Nothwendigkeit ergibt sich aus diesem Gegensatz einerseits auf Seiten der Bourgeoisie das Bestreben, sich im Besitz zu erhalten und das Proletariat davon auszuschließen, andererseits auf Seiten des Letzteren der Wunsch, sich Besitz zu erwerben — mit anderen Worten: aus jenem gegenwärtigen Verhältniß entspringt unvermeidlich der Kampf im Herzen der Gesellschaft.

Nun leben aber beide Theile oder Klassen der Gesellschaft nicht getrennt für sich, sondern verschmolzen in einem Staatsorganen und daraus ergibt sich klar und deutlich die Aufgabe des Staats, der Regierung. Der Staat, der seinem Begriffe nach Allen Gleichberechtigung geben muß, muß verdrängt in der Regierung über dem Klassengegensatz stehen, muß das Gleichgewicht zwischen ihnen zu erhalten und der etwa benachteiligten Klasse aufzuhelfen, sie gegen die andere zu unterstützen suchen. — Da nun, wo die Regierung diesen Standpunkt verläßt, (und leider ist dies in den meisten europäischen Staaten schon so weit) und sich zur Dienerin einer Klasse gegen die andere mißbrauchen läßt, da hat sie ihrem Beruf ins Gesicht geschlagen, hat die Berechtigung zur Existenz verloren. Sie geht unter im Kampf der Gesellschaftsklassen, zerbricht wie zwischen zwei Mühlsteinen.

Die preussische und sächsische Regierung haben durch ihre Handlungsweise gezeigt, daß sie ihre Aufgabe nicht erkannt haben, daß sie klein vor den Forderungen der heutigen Zeit dastehen; sie stehen am Anfang der schiefen Ebene, die sie im Kampf der Klassen nothwendig ihrem Untergange zuführen muß. Bismarck hat den Geist der Zeit nicht verstanden, das hat er durch diesen Befehl an die sächsische Regierung klar bewiesen.

Die Bedeutung des Wahrspruches der Geschwornen dagegen ist eine offene Erklärung seitens der Bourgeoisie, daß sie den sozialen Kampf aufnimmt und mit allen Mitteln durchzuführen gefonnen ist. Sie ist weniger verantwortlich dafür, als die preussische Regierung für ihre Thätigkeit in diesem Prozeß, denn die Bourgeoisie im Ganzen handelt unter dem unausweichlichen Druck der Verhältnisse, wenn auch der Einzelne noch so bereit sein mag, zur Lösung der sozialen Frage beizutragen. Uebrigens ist es auch nicht zu verwundern, wenn Leute, deren Horizont über ihren Pfefferkaffee, Tabentisch oder Kartoffelacker wenig hinausgeht, Sozialisten verurtheilen, wenn sie aus ihren Blättern dieselben täglich als Räuber und Diebe kennen lernen und ihnen dazu noch durch 14tägiges Vorlesen von Parteischriften (die meistens gar nicht hergebehalten) ein „Gesamteindruck“ ihres umstürzenden Treibens beigebracht wird.

Die Geschwornen haben die angeklagten Sozialisten als Sozialisten verurtheilt; das kann nicht anders sein, wenn eine Partei über die andere zu Gericht sitzt. Und dafür, daß die Jury Partei ist, d. h. daß sie aus lauter Bourgeoisie besteht, dafür sorgt der Jenus bei Auswahl der Geschwornen.

Der ganze Tendenzprozess ist auch für den Blinden ein deutlicher Beweis des die heutige Welt beherrschenden sozialen Kampfes und für die sozialdemokratische Partei ein Mahnruf, den vereinigten Kräften der Bourgeoisie und der von ihr abhängigen Regierung um so fester und energischer entgegenzutreten. (Fortsetzung folgt.)

### Politische Uebersicht.

Das Reichspressegesetz soll erst in nächster Session vor den Reichstag kommen, was sehr gut ist, denn das Reichspressegesetz wird dem Charakter des Reichs gemäß ein Reichspresseknebelgesetz sein. Aus den Erklärungen des Preussischen Finanzministers ersehen wir, daß der in Preußen bereits eingeführte Zeitungsstempel über das ganze Reich ausgedehnt werden soll, und aus offiziellen Mittheilungen erhellt ferner, daß sich der Bundesrath auch für die Cautionen entschieden hat, und zwar, wie „liberale“ Blätter ohne ein Wort der Mißbilligung naiv ausplaudern, um in Bayern den „billigen ultramontanen“, und in Sachsen den „billigen sozialdemokratischen“ Blättern das Dasein zu erschweren, resp. unmöglich zu machen.

Als Gradmesser für die deutsche Volksschulbildung (nicht „Volksbildung“, die etwas sehr verschiedenes ist) entnehmen wir der „Freien deutschen Schulversuch“ eine Aufstellung der Prozentsätze der im Jahre 1869/70 ohne Schulbildung eingestellten Rekruten. Hiernach kommen in ganz Preußen 3, auf je 100; bringt man jedoch die Provinzen Posen, Preußen und den Regierungsbezirk Oppeln in Abzug, in denen die Lehrbefolgungen am niedrigsten, der Lehrermangel aber am größten ist, so beträgt die Zahl der Ungeschulten nur 1 pSt. Nach den Provinzen hat Posen den höchsten Prozentsatz mit 14, Nassau mit Frankfurt a. M. und Hohenzollern den niedrigsten, nämlich gar keine Ungeschulten, nächst denen Lauenburg mit 0, die übrigen nicht erheblich unglücklicher. In den Südstaaten erreicht außerhalb Bayern das Verhältniß der Ungeschulten nicht über 1/10 pSt., ebenso in Sachsen, in Württemberg nur 1/100 pSt. In Oesterreich dagegen stellt sich das Verhältniß wie folgt: Niederösterreich 4 pSt., Oberösterreich 11, Böhmen 32, Oesterreich-Schlesien 38, Salzburg 40, Mähren 44, Steiermark 50 pSt. Ungeschulte. Noch härter ist der Prozentsatz in den transleithanischen Ländern.

Ein Vergleich der Ziffern für Oesterreich mit denen des übrigen Deutschland zeigt so recht deutlich, wie weit Oesterreich durch das Haus Habsburg heruntergebracht worden ist. In engem Deutschland kann sich das rivalisirende Haus Hohenzollern ähnlicher Leistungen rühmen, insofern Preußen unter sämtlichen Staaten des „neuen Reichs“ in Bezug auf Volksschulbildung am tiefsten steht, und in Preußen selbst die frisch einverleibten Provinzen, die den bekannten intelligenzstaatlichen Einflüssen noch nicht lang ausgefetzt waren, den älteren Provinzen entschieden voraus sind. Auf wie lange? Das hängt freilich von der größeren oder geringeren Energie der Herren Falk, Siehl, Kral und Consorten ab.

„Humanität“ der Versailler. Der „Tempo“ bringt ein Schreiben von einem ehemaligen Bewohner von Neu-Caledonien, über Natur und Beschaffenheit der Orte, welche für die Deportation der Commune-Sträflinge ausersehen wurden. Vorerst weist der Schreiber darauf hin, daß die im Orsehe genannte Halbinsel Ducos keine Halbinsel sondern eine Insel ist oder vielmehr ein unfruchtbarer Felsen von 4000 Hektaren

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Im eignen Blute lag das Volk befestigt, geknechtet fürchterlich, Allein schon wieder legt voll Kraft der tausendarmige Niese sich Wohl sind ihm Arme abgehauen und Arme trägt er fettenschwer, Doch zogend senkt vor ihm den Blick der Unterwürfer mächtig Heer. So, geht nur Licht! Es wachsen schnell dem Niesen neue Arme nach. Ein Auf, ein Stoß. Die Erde dröhnt. Zerborsten fällt der Ketten Schmach.

So steht er pflöglich neubewünzt, schlagfertig wieder auf dem Plan.

Dann bebet ihr. Dann zittert ihr. Dann rächt der Tag der Noche an.

Da wird vor seiner Schläge Wucht wie Speer zerfließen eure Macht.

Es weicht die Nacht. Die Sonne steigt. Wir schlagen unsre letzte Schlacht.

Wir schlagen unsre letzte Schlacht, die große Schlacht; der Wirtel füllt sich mit dem Blut der Helden. Es siegt das Volk. Die Freiheit siegt. In Trümmern stürzt die alte Welt.

**Die traurige Lage der belgischen Kohlenarbeiter.**

Aus der Zeitschrift „Liberté“ übersezt.

Jeder weiß, daß die Grubenarbeiter in Arbeiten über und unter der Erde zerfallen. Die Dauer der Arbeit über der Erde beträgt im Allgemeinen in den sieben Kreisen zwölf Stunden, von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends und von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens; in der Provinz Namur erreicht sie sogar dreizehn Stunden. Die Arbeiter sind demnach in zwei Brigaden getheilt. Ein Gruben-Ingenieur hat im Jahre 1869 den folgenden Rath gehabt, diese Arbeitsdauer besonders für die Maschinen übertrieben zu finden. Das einzige Heilmittel liegt darin, daß man die Zahl der Brigaden auf drei erhöht, und den Wochentag auf acht Stunden beschränkt.

Die Verhältnisse der Arbeit unter der Erde unterscheiden sich in den hauptsächlichsten Kohlenbeden des Landes noch mehr, obgleich ihre mittlere Dauer ziemlich gleichförmig ist. Die Tagesarbeit für die Arbeiter, welche die Kohlenader böhnen, dauert im Mittel zwölf Stunden im Beden von Charleroi, im Allgemeinen ein wenig längere Zeit im Borinage und im Centre; zwischen neun und zwölf Stunden schwankend in den vier andern Kreisen. Hierbei ist es sehr wichtig, die Stunde des Beginns der Arbeit ins Auge zu fassen. Die Häuer im Borinage fahren gegen zwei und drei Uhr Morgens in die Grube ein, die des Centre ein wenig später, die von Namur gegen 4 Uhr, die von Charleroi um sechs Uhr. Welche Bedeutung muß diese so frühzeitige Arbeit, besonders wenn man ihre übermäßige Dauer und ihre Mithal berücksichtigt, nicht im Gesundheitszustande der Arbeiter im Borinage verursachen, ohne die unvermeidliche Mehrausgabe an Feuer und Licht zu rechnen, welche sie der Familie auferlegt! Diese Eintheilung der Arbeit im Borinage bietet indessen eine interessante Seite: es ist eine Art Dreifachtheilung der wesentlichen Arbeiten der Kohlengewinnung und des 24stündigen Tages, während dieser Tag im Beden von Charleroi in zwei Theile von zwölf Stunden zerfällt in die zwölf Tagesstunden von 6 bis 6 Uhr, die dem Hauen und dem Transport der Kohlen gewidmet sind, und die zwölf Nachtstunden zum Abräumen des Schutts. Im Borinage folgen die, welche die Gänge graben, die, welche die Erde fortschaffen, u. s. w., den Häuern gegen 3 Uhr Nachmittags und bleiben bis Mitternacht beschäftigt; die Nacharbeiter fahren gegen 5 Uhr ein und bleiben in der Grube bis zur Rückkehr der Gänge-Arbeiter; durch Aenderung der bestehenden Verhältnisse in der Zahl der Arbeiter dieser verschiedenen Kategorien wäre es ohne Zweifel möglich, die Arbeitsdauer für eine jede auf acht Stunden zurückzuführen, und man würde dieselbe Wirkung erzielen, ohne die ununterbrochene Fortdauer der Arbeit zu ändern; der Unterschied, welcher in Bezug auf Eintheilung der Arbeit in beiden Beden schon existirt, berechtigt zu dem Glauben, daß sie solche Aenderungen zuläßt, welche durch die unerträgliche Lage der Grubenarbeiter erreicht werden.

Die traurigsten Opfer der unbestimmten Verlängerung der Arbeit sind die Schieber; sie sind meistens die jüngsten unter den Grubenarbeitern und begreifen Frauen und junge Mädchen unter sich. Die Schieber und Arbeiter derselben Gruppe fahren überall ungefähr eine Stunde nach den Gängearbeiten in die Grube und kommen im Allgemeinen zwei Stunden nach ihnen zu Tage; die Dauer ihrer Arbeitszeit übersteigt stets mindestens um eine Stunde die Dauer der Arbeit Jener. Welche schreckliche Einwirkung, die von denen am meisten verlangt, welche am wenigsten vermögen! „Die Schieberinnen“, sagt Schmerzfällt der Arbeiter Delanoit in einem durch den „Droit“ veröffentlichten Bericht, „diese armen Kinder stehen unter denselben Bedingungen, wie die Schieber, (und diese arbeiten nach eben denselben vierzehn und fünfzehn Stunden) sie werden meistens dazu verwendet, einen mit Kohlen oder Erde gefüllten Wagen (Hand) in solchen Gängen, durch welche der Wagen mit Mühe hindurchgeht, zu schieben, fortwährend mit dem Gesichte die Erde berührend; so müssen sie eine Strecke von hundert bis zweihundert Metres durchmessen, und zwar 100 bis 120 mal des Tages.“

Wir wollen hier die Frage über die Kinder- und Frauen-Arbeit bei Seite liegen lassen; ist es aber möglich, nicht mit Entschiedenheit für die Arbeiter von Charleroi einzutreten, wenn sie jetzt die Verringerung des Arbeitstages nicht auf acht, sondern auf zehn Stunden beanspruchen? War es möglich, nicht für die Schieber einzutreten in jenem mißglückten Schritte des Centre, den das Geschwäg einer gewissen und gedankenlosen Presse selbst zu verstehen gehindert hat?

Neben der übermäßigen Länge der Grubenarbeit muß man als eine Ursache schrecklicher Verkommenheit die ununterbrochene Dauer dieser Arbeit ansehen. Hier ist's am Orte, die Worte hervorragender Aerzte anzuführen.

Wenn der Arzt nicht immer ein Mann von Herz ist, so ist er doch ein Mann von Wissenschaft und er leidet die Wirkungen aus ihren Ursachen her. Die amtliche Untersuchung von 1846, die zum großen Theil von Ärzten angestellt worden

ist, ist eine schreckliche Anklage gegen die moderne Organisation der Arbeit gewesen.

„Die allzulange Dauer der Arbeit im Borinage“, sagt die ärztliche Commission des Hainaut (Hennegau) (Bd. III, S. 21 der amtlichen Untersuchungs-Akten), „ist der schreiendste Mißbrauch; sie ist einunddreißig für den Erwachsenen und für das Kind, im Allgemeinen 12 bis 14 Stunden.“ Und weiterhin: „Wenn der Arbeiter einmal eingefahren ist, kommt er nicht eher zu Tage, als bis sein Arbeitstag um ist. Er ist sein Stuhl Butterbrot und trinkt von Zeit zu Zeit Wasser oder ein wenig Kaffee, ohne seinen Platz zu verlassen, denn er hat selten Hunger. Die Grube ruft keinen Appetit hervor; es scheint, daß der Magen in ihr empfindungslos wird und das ist keine der mindest unheilvollen Wirkungen, die dieser Aufenthalt verursacht.“

Das ärztliche Kollegium hat im Jahre 1836 eine vortreffliche Schilderung von der Lage der Grubenarbeiter gegeben. Der größte Theil der physischen Bedingungen, unter denen sie arbeiten, ist unzureichend und verderbt; das Licht fehlt ihnen, der Boden ist oft feucht, die warme und feuchte Atmosphäre der Gänge steht auch im Gegenhalte zu der kalten Luft der Galerien; die Luft selbst ist von Kohlenstaub geschwängert. An ... sprechen schmerzliche über unheilbare Krankheiten: Blutarth, Lungenschwulst, Gelenk-Rheumatismus, Augen-Katarrhel. Die öffentliche Sanitäts-Kommission zu Lüttich, die ärztliche Kommission des Hennegau, der Doctor Petermans, sie alle haben in ihren langen Berichten nicht geögert, zu erklären, daß die übermäßige Dauer der Arbeit die allgemeine Ursache ist, welche die Wirkungen dieser krankheits-erzeugenden Einflüsse beschleunigt und ganz und gar tödtlich macht.

„Im Kohlenbeden des Borinage“ sagt die ärztliche Commission des Hennegau (Bericht III, S. 23-24), „sind Dank der übermäßigen Dauer der Tagesarbeit die Nacharbeiter nicht einmal die unglücklichsten; sie können unendlich (?) mehr Zeit der Ruhe, der Körperbewegung in freier Luft und dem Unterrichte widmen. Die Tagelöhner hingegen, und sie bilden weit aus die Mehrzahl, sehen im Winter die Sonne gar nicht, und im Sommer nur sehr wenig; es bleibt ihnen kaum Zeit, einige Stunden zu schlafen, nachdem sie ihre Wohnungen erreicht und die dringendsten natürlichen Bedürfnisse befriedigt haben. Wie kann die menschliche Natur hier Widerstand leisten?“

Die öffentliche Sanitäts-Commission von Lüttich sagt, nachdem sie das Uebermaß der Arbeit als allgemeine Ursache der Krankheiten und der Mißbildungen der Grubenarbeiter gekennzeichnet hat: „Allgemeine Körperschwäche ist bei den Grubenarbeitern, die ins Alter von vierzig oder fünfzig Jahren gekommen sind, etwas sehr Gewöhnliches. Die Krankheit, von welcher die meisten befallen werden, ist das Asthma (die Engbrüstigkeit); im Allgemeinen verschärfen die Arbeiter, bevor dieses Leiden den höchsten Grad erreicht hat, bisweilen Erstüdnungs-Anfälle, die sich bald zu einer unheilbaren Körperschwäche ausbilden, wenn der Arbeiter in seinem mütterlichen Berufe verbleibt.“ (Bericht III, Seite 67.)

Doctor Petermans, der wahrhaftig kein Socialist war, kommt zu folgendem Schluß: „Da der Bergmann fortwährend seine Muskeln anzustrengen geöhigt ist und fast immer sehr belästigende Körperstellungen annehmen muß, da er oft der Wohlthat, sich zu sonnen, beraubt ist, während er eine Lust einathmet, die stets zu wünschenswürdig läßt, und zu gleicher Zeit einen biden Kohlenstaub einschleudt, so scheint es uns, daß eine andauernde Arbeit von acht Stunden unter so ungünstigen Verhältnissen mehr als hinreichend ist.“ (Bericht III, S. 156.)

(Schluß folgt.)

Aus dem östlichen Preußen schreibt man uns: „Der „Stettiner Publicist“ hat Mittheilungen aus der „Kreuz“ oder „Nationalzeitung“ oder „Staatsbürgerzeitung“, betreffend die zunehmende Auswanderung nach Amerika, gebracht, die den Zustand der Tagelöhner auf den Wätern durchaus unwahr schildern. Wer es besser weiß, der kann es nur bedauern, daß die Presse sich mit Berichterstattungen einlassen muß, die entweder von der Sache nichts wissen oder nichts wissen dürfen. An Ort und Stelle überhört man den elenden Zustand dieser Klasse von Staatsbürgern nicht. Sie sind nicht als schwer beladene Sklaven, denen die Gegenwart Entbehrungen und die Zukunft Noth bietet, wogegen kein Fleiß hilft. An Abgaben fehlt es nicht und wäre es das schwere Schulgeld und dahin gehörige Kosten, wofür sie wenig genug eintauschen — ein Glüd (?) für sie und die Nachkommen, denn, würden sie gebildet, so drückte sie ihre Lage noch schmerzlicher.“ So lange sie kräftig sind, bewegt sich ihr Leben bei schwerer Arbeit von einem Jahre ins andere. Geht die Kraft aus, tritt das Alter ein, so haben sie auf Anwartschaft bei den Behörden, nach vielen Beschwerden aber erst, Anspruch; die Armenpflege charakterisirt sich am besten durch das solchen Personen gewohnte Oedach. Zusammengedrückt haben sie da mit vielen Leidensgenossen und schlechter als in einem guten Viehstall! Jetzt kauft der Tagelöhner vom Juden sein Kleid, zu eigens gemachten fehlt Material und Zeit der Verarbeitung, er stult dadurch nur tiefer, denn er borgt und zahlt doppelt, seinen Brei liefert ihm der Krüger im Dorf. — Für ihn sorgt weder Wittwenkasse noch Pensionsfonds, obgleich er, der Tagelöhner, zu Gunsten Anderer dergl. errichten helfen muß, und gern würden sie alle auswandern, wenn sie nur die Mittel erschwüngen könnten. Ihre Herren können bei dem Aufwande und den Schulden, die sie machen, nur bei so billigen Arbeitskräften besparen; deshalb wird auch der Anbau erschwert, wenn einmal ein Glüdlicher durch Umstände einen Anstiedlungsplatz errungen hätte; es heißt dann, auf so wenigem Boden kann er sich nicht ernähren, es muß ihm der Anstiedlungs-Konens versagt werden, er kann Tagelöhner bleiben, da ernährt er sich, wenn er fleißig ist, von Morgens 3-4 Uhr bis Abends 10 oder 11 Uhr schauzt, dabei gehorsam und zufrieden ist, und fleißig zur Kirche geht. Aber auch noch Leute anderer Klassen greifen zur Auswanderung, denen in dem „großen, einzigen, freien“ Deutschland keine Wohlthat erblüht, oft nicht ganz mittellose Familien. Und warum das? Dies ist um so auffallender, als die Deutschen in Amerika für das Deutschland schwärmen,

\*) Deso eher aber würden sie die Last abzustütten suchen.

das sie doch verlassen wollten, weil es ihnen dabei nicht wohl erging! Es wird zwar nicht durch meine bloßen Betrachtungen, aber schlechter wird es wenn man das Ding immer beim unrichtigen Namen nennt, wie in den zu Anfang dieser Correspondenz genannten Blättern.“

**Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.**

Der Red. des Ausschussbüros der genannten Gewerkschaft entnehmen wir folgendes:

„In der Schweiz nimmt die Gewerkschaftsbewegung unter der Schreinerinnung fort, auch die Agitation für Verbesserung der schlechten Stellung greift rasch um sich. Im Jura ist es bereits zur Arbeits-einstellung gekommen, und im Jura wünschen Schreiner und Zimmerer, daß der Bezug der Fremden, insbesondere deutscher Arbeiter, so lange fern bleibe, bis sie ein vernünftiges Wort mit den Meistern gesprochen haben werden.“

In Basel wurde bekanntlich die Mittelgewerkschaft unter der Leitung der „Internationalen“ im Schilde geführt, vom Bürgermeistern als haarschneidend aufgeführt. Der bis an das Nichterthum gefährliche Returs gegen diese unehrliche Maßregel wurde natürlich abschlägig beschieden. Nun hat sich unter dem Namen „Gewerkschaft der Holzarbeiter“ ein neuer Verein gebildet, welcher an die Mitglieder der „Internationalen“ deren Danksagung in Ordnung ist, Reichthum anbeugt. Die Mitglieder aus Jura haben also Nichtes zu beantragen.“

Auch in Augsburg hatte der hochwohlwollende „Internationalen“ Firma, welche die Mittelgewerkschaft aufgeführt, Leibes in bis jetzt ein neuer Verein dort noch nicht ins Leben getreten. Da aber in Augsburg den Arbeitern die gebrauchten Lauben ebenso wenig zu Mund fliegen, als anderwärts, so wird die Noth sie schließlich doch zur Vereinigung zwingen.

**Gandburg-Altona.**

Zur Erinnerung des (in letzter Nummer telegraphisch gemeldeten) Tischler-Vertrages theilen wir nach dem Circular des Ausschusses der Holzarbeitergewerkschaft folgendes Schriftstück mit, das die Tischler Altona an die Meister geschickt, und in Bezug auf welches sie von denselben die Zusage erhalten hatten, daß sie es prüfen und mit dem Comité in Unterhandlung treten wollten: Gebete Herren!

Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, wie die ganz bedeutenden Preis-Erhöhungen aller Produkte, insbesondere aber der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, als Handwerker, Meister sowohl als Gesellen, in ihrer Existenz bedrohen, und sie gezwungen haben, über Mittel und Wege zu berathen, die in Frage gestellte Existenz sicher zu stellen. Nicht allein alle andern Handwerker, auch Sie selbst, die Meister, haben ja bereits mit dieser Frage sich beschäftigt, und werden darum es um so gerechtfertigter finden, das auch wir, die Gesellen, es ein in dieser Angelegenheit gleich sehr interessirter und berechtigter Faktor, gleichfalls unsere Meinung kundzugeben, unsere Forderungen auszusprechen. Ist wir sind überzeugt, daß Sie unsere bestimmen, und letztere billigen werden, sofern es uns gelingt, den Beweis zu führen, daß in dieser Angelegenheit Meister und Gesellen nicht einander entgegenstehende, sondern ganz gleiche Interessen zu vertreten haben. Die Großproduktion mit ihren Mißgeschicklichkeiten, das Großkapital mit seinem Vorschwindel, mit einem Worte: die Großindustrie, die es weitigen Mißgeschicklichkeiten ermöglicht, im Hundmuthen Millionen zu erwerben, die den geschäftsmäßigen Bezug zu einem reiflichen Gewerbe gemacht hat, und, schädlich durch die heftigen staatlichen Einrichtungen und Gesetze, durch Schwindeloperationen und Buchergeschäfte in professionsmäßiger Weise, die Arbeitskraft des gesammten Handwerker- und Arbeiterstandes ausbeutet, und die tollstücker Handthümer erdünnet, sind in erster Linie die Ursache des Ruins der Handwerker. Die millionenweise Vermehrung des Reichthums in den Händen weniger Reichthümer ist nur möglich auf Kosten des gesammten arbeitenden Volkes, findet in der von Jahr zu Jahr immer kräftiger hervortretenden Verarmung des Mittelstandes, der kleinen Geschäfteleute und Handwerker, nothwendigerweise seine Erklärung. Millionweise Verdrängung Einzelner ohne Arbeit ist die Nebenfolge, Verarmung von Millionen trotz vieler Arbeit ist die Rehtseite der Medaille.

Schon jetzt ist der Handwerkerstand durch den von Jahr zu Jahr in progressiver Weise steigenden Fabrikbetrieb in die letzte Position zurückgedrängt, die eheliche Arbeit beim Hungerlohn anlangt.

Es kann nun freilich nicht der Zweck dieser Zeilen sein, auseinanderzusetzen, warum dies so ist, und unter den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen und staatlichen Einrichtungen sogar nicht anders sein kann, daß dem aber so ist, fühlen nicht allein die Lohnarbeiter und Gesellen, nein, auch die selbstständigen Handwerker und Meister fühlen sehr gut, daß es so nicht länger gehen kann. Bedürfte es noch eines andern Beweises, daß die Handwerker, Meister und Gesellen, das gleiche Bedürfnis haben, solchen Zuständen gegenüber gemeinsam Thun zu machen, und durch gemeinsames Zusammenwirken eine Verbesserung der Lebenslage zu erreichen?

Soll dies aber geschehen, so dürfte es nothwendig erscheinen, den Beweis zu führen, daß die von uns gemachten Vorschläge ebensovohl das Interesse der Meister als der Gesellen fördern, und deshalb Prüfung würdigen zu wollen.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Tischlerei im Allgemeinen (einzelne Ausnahmen abgesehen an der Sachlage nichts) auf eine Basis gedrängt ist, auf welcher der reichthumliche Meister kaum mit der allergrößten Anstrengung seine Selbstständigkeit aufrecht erhalten, der Geselle dagegen mit nicht minder großer Anstrengung kaum sein Leben fristen kann. Die geringste Störung in der Arbeit gefährdet schon die Existenz beider, während umgekehrt die günstigsten Konjunkturen keine Verbesserung dieser Lage herbeiführen.

Fragen wir nach der Ursache, so liegt diese einmal darin, daß mit Einführung der Gewerbefreiheit die schlechteste Konkurrenz, die Konkurrenz, der alle Mittel recht, Platz greifen mußte, zum andern aber darin, daß die Konkurrenz, die nur mit Schleuderpreisen kämpft, durch die niedrigsten Arbeitslöhne, resp. Accorppreise, insbesondere aber durch eine unregelmäßige überaus lange Arbeitszeit, die weder Sonntagruhe noch Feiertagsruhe in unzulässiger Weise erlaubt, ermöglicht und zum Ruin des Handwerks und der Existenz der Meister sowohl als der Gesellen, großgezogen wurde.

Es muß als ein trauriger Irrthum bezeichnet werden, daß im Interesse der Meister niedrige Löhne und lange Arbeitszeit nothwendig wären. Das größte Gegentheil ist richtig. Nehmen wir an, der jetzt bezahlte Lohn ginge um 50 % herunter, so würden die Meister doch nicht den geringsten Vortheil davon haben. Die gegenseitige Konkurrenz würde in kürzester Zeit die Preise der jetzigen Arbeiten nicht nur um diesen Betrag herabdrücken, sondern auch der Verdienst der Meister, der ja überdies nach dem Lohn der Gesellen sich lenmt, würde gleichfalls auf dieses Niveau fallen. Die Lage der Meister würde dadurch zum mindesten ebenso sehr verschlechtert haben, als die Lage der Gesellen. Als Beleg hierfür wollen wir nur anführen, daß von allen Fachmännern die Einführung der Akfordarbeit, und zwar wegen der damit in Zusammenhang stehenden Begünstigung der Konkurrenz, die in auf der Herabdrückung der Herstellungskosten (Löhne) wesentlich mit beruht, — als der erste Schritt zum Verfall des Handwerks bezeichnet wird.

Würde dagegen der Lohn auch nur um 25 % steigen, so würden die Meister, getraut auf diesen Umstand, der eine allgemeine Preissteigerung der fertigen Arbeiten zur Folge haben müßte, auch ihren Verdienst als Meister nicht nur in gleicher Weise, sondern in bedeutend erhöhter Proportion steigern können, wie dies ja auch in andern Gewächten, z. B. bei den Buchdruckern der Fall war.

Doch wäre dies nach unserm Dafürhalten immerhin noch nicht der einzige Weg und das richtigste Mittel, unser Handwerk besser zu fundiren, demselben eine gesündere Basis zu geben. Es muß da zweifelhaft ein noch erheblich größeres Gewicht auf eine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit gelegt werden, die streng durchzuführen und aufrecht zu erhalten, Meistern und Gesellen viel leichter fallen wird, als dies bei einer Volnerhöhung der Fall sein kann, indem hierbei eine heilsame äußere Kontrolle sehr leicht möglich ist.

Wenn Sie, die Meister, frei von jeglichem Vorurtheil an die Frage wegen Verkürzung der Arbeitszeit heranreten, so muß ohne allen Zweifel dieser Vorschlag Ihre Billigung finden. Die Tischlerei

...

insbesondere die Möbelscherei kann zunächst nur durch vergrößerte Arbeitszeit emporgedrückt werden. Durch das fortschreitende Arbeit werden die Magazine überfüllt; die Meister, welche ihre Arbeiter abgeben wollen, vermögen dies nur zu Schleuderpreisen zu thun und legen dadurch nicht nur die Magazine in den Stand, durch Preise, die werden kein solches Geschäft bestehen kann, einen unheilvollen Einfluß auf die Privatarbeiten auszuüben, sondern auch die Meister, werden dadurch gezwungen, den Arbeiterlohn Schilling um Schilling herabzusetzen, so daß wir, trotz der seit 1865 ganz enormen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, heute durchschnittlich nicht einmal mehr den Lohn von 2 Mark verdienen, welcher zu jener Zeit durch gegenseitiges Uebereinkommen zwischen Meister und Gesellen festgesetzt wurde. Es ist ein Beweis, daß durch Lohnherabsetzung allein nichts gebessert wird, ja auch nicht durch die Interessen der Arbeiter nicht geschädigt, dagegen aber das allgemeine gewerkschaftliche Interesse bedeutend gefördert wurde.

Wir gehen von der Ueberzeugung aus, daß den Meistern selbst viel daran liegen muß, eine feste und sichere Grundlage für Aufbesserung der Preise zu gewinnen, die, weil für alle gleichmäßig vorhanden, ein Zurückweichen des Einzelnen nicht gestattet, ein gegenseitiges Herunterdrücken der Preise unter dieses Niveau unmöglich macht. Ohne eine solche feste Grundlage muß jeder Versuch, die Preise der fertigen Arbeiten zu heben, scheitern an der Möglichkeit, durch geringen Lohn und lange Arbeitszeit die Arbeiter billiger liefern zu können. Mit einem Worte, nur der zwingende Umstand, nicht billiger liefern zu können, wird die von den Meistern gewünschte Preissteigerung von 25% möglich machen.

Fragen wir uns nun, wie kann diese Grundlage geschaffen, wie die gewünschte Preissteigerung ermöglicht und wie verhindert werden, daß die Erzeugnisse der Meister und Gesellen nicht noch tiefer herabgedrückt wird? Nun, die Antwort ist einfach: Dadurch, daß Meister und Gesellen im wohlüberlegten beiderseitigen Interesse sich vereinigen, um so lästige Zustände, wie die Tischlerei solche heute aufweist, ein für allemal zu beseitigen und sich gegenseitig verpflichten, eine zu diesem Zweck getroffene Vereinbarung mit aller Kraft durchzuführen und aufrecht zu erhalten, wobei gemäß unserer vorausgegangenen Auseinandersetzung

- 1) Eine Verkürzung der Arbeitszeit, und
  - 2) Erhöhung des Lohnes
- durch gegenseitige Vereinbarung feststellen zu wollen, weil, gestützt auf solche Grundlage, die Basis der fertigen Arbeiten mit absoluter Notwendigkeit steigen müssen und die gesamte Tischlerei gehoben wird. Wir ersuchen Sie deshalb um Ihre Zustimmung zu folgendem Vorschlag, der unsere Ansicht über Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Erhöhung des Arbeitslohnes präzisiert, und den wir Ihnen zur Annahme angelegentlich empfehlen.

- 1) Die Arbeitszeit dauert Vormittags von 6 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags, 1/2 Stunde Frühstückspause abgerechnet und Nachmittags von 1 1/2 Uhr Mittag bis 6 Uhr Abends, 1/2 Stunde abgerechnet.
- 2) Der Minimallohn beträgt für die so normierte Arbeitszeit 36 Sch. (27 Sgr.) pr. Tag, 13 Mk. 8 Sch. (5 Lhr. 12 Sgr.) pr. Woche, und wird allmählich ausgehakt. Eine entsprechende Steigerung der Accordlöhne bleibt der gegenseitigen Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen überlassen, doch sind bei Accordarbeiten die Gesellen berechtigt, den vereinbarten Minimallohn als Abschlagszahlung allmählich sich auszubezahlen zu lassen.
- 3) So lange die Sonntag- und Feiertagsarbeit nicht ganz beseitigt werden kann, verpflichten sich Meister und Gesellen, nur in den allerdringendsten Notfällen von derselben Gebrauch zu machen, und werden nach 6 Uhr Abends die Stunde mit 6 Sch. (4 1/2 Sgr.) Arbeiten an Sonntag und Feiertagen die Stunde mit 8 Sch. (6 Sgr.) bezahlt.

Wir glauben auf eine weise Anwendung dieser Vorschläge um so eher verzichten zu können, als ja in den meisten Gewerken und Fabriken die Arbeitszeit von 6 bis 6 bereits durchgeführt ist, oder doch in nächster Zeit eingeführt werden wird. Wenn wir die Mittagspause von 1 1/2 Stunde wünschen, so ist dies gewiss keine unbillige Forderung, und haben humane Meister ja auch bereits mehr als eine Stunde Mittagspause genehmigt. Desgleichen werden Sie wohl einräumen, daß der Minimallohn von 2 Mk. 4 Sch. pr. Tag ebenfalls eine unbillige Forderung nicht insofern. Unter 2 Mk. 4 Sch. pr. Tag kann ein unverbessertes Arbeiter kaum leben, und bei ansehnlicher Arbeit keine Kräfte sammeln, von einem verheirateten gar nicht zu sprechen.

Wir haben uns bereits bei der Formulierung unserer Vorschläge von der Idee leiten lassen, daß Meister und Gesellen ein gemeinsames Interesse an der Gewährung dieser Forderungen haben, und dem Grundsatze gebildet: „Was für den Einen recht ist, für den Andern billig.“

Die unterzeichneten Komitee-Mitglieder, von ihren Mitarbeitern beauftragt, Ihnen diese Vorschläge zu unterbreiten, erlauben zugleich um gefällige Rückmeldung in den nächsten 8 Tagen, sind auch zu jeder Zeit bereit, mit der 1881. Meisterschaft in corpore, oder mit einem Komitee derselben behufs gütlicher Regelung dieser Angelegenheit in persönlichen Verkehr zu treten, und bitten Zuschriften unter der Aufschrift: „Komitee der Altonaer Tischlergesellen“ nach der Tischlerstraße in Altona richten zu wollen.

Altona, den 6. April. Hochachtungsvoll Die Tischlergesellen Altona's. S. A. Das Komitee.

Die Meister waren in selbständiger Verabredung so überdrüssig, die Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen und die Folge ist Ver gegenwärtige Strife, der, was auch der Ausgang sein möge, jedenfalls für die Meister von den nachtheiligsten Folgen sein wird.

### Aufruf an sämtliche Schuhmachergesellen Deutschlands.

Kollegen allerorts! Im Auftrag der bereits bestehenden Genossenschaft unseres Gewerks richten wir die wir provisorisch den Vorort übernommen, an Sie die dringende Bitte, aus Euren Schläfen, in den Euch einerseits der Krieg, andererseits die demselben folgende Reaktion einwiegt haben, endlich zu erwachen.

Kollegen! seid Ihr nicht im Stände, alle die Schäden wahrzunehmen, welche durch die jetzige Produktionsweise hervorgerufen wurden, alle die Mängel, welche bis jetzt noch in unserm Gewerbe existieren? Dies fordert von uns dringend, durch Anwendung aller gesetzlichen Mittel eine Aenderung der bestehenden Zustände herbeizuführen. Betrachten wir in erster Linie die Mängel und Unregelmäßigkeiten, welche sich uns betreffen des Einbringens in den meisten Städten entgegenstellen; betrachten wir die in so vielen Orten mangelhafte Krankenpflege; überhaupt das Ungeheuer, welches so vielfach entsetzt durch zu frühe Entlassung aus den betreffenden Spitätern, welche den Arbeiter nichtig macht, wie es in so vielen Fällen zu sehen ist. Dies, und so vieles Andere wäre doch noch zu heilsam geordnet, die ganze Aufmerksamkeit aller denkenden Kollegen auf sich zu lenken, und das Bestreben in ihnen wahrzunehmen, das wenigstens etwas gebessert müsse, um all die schrecklichen Miserezustände zu beseitigen, um uns und unserer Nachkommen eine bessere Zukunft zu schaffen, und sie durch das enge Hand- in Handgehen auch zu vertheilen. Kollegen! Seht Ihr nicht, wie alle anderen Gewerke bereits vorangegangen? Seht Ihr nicht, wie ein großer Theil Eurer Kollegen bereits einige Jahre, und mit Aufopferung aller ihrer Kräfte und Mittel schon kämpfen, wodurch auch so manche Erregung schon zuwege gebracht ist? Zwar ist noch Vieles zu erlangen übrig geblieben, was sowohl Kräfte wie Mittel Einzelner übersteigt — aber zur Erlangung alles dieses ist die Mitarbeit aller oder doch wenigstens des größten Theils der Kollegen unentbehrlich. Darum richten wir unsere Aufforderung und Bitte an alle Kollegen, welche das Bedürfnis fühlen, ihre jetzige elende und gedrückte Lage zu verbessern, sich anzuschließen, und Jeder frage sein Gewissen bei zur Erhaltung des Menschengehültes, zur Besserstellung unserer Gewerbe. Laßt diesen unseren Ruf nicht verhallen, sondern zeigt, Kollegen, daß Ihr jetzt wie immer bereit seid, zu wissen wo es gilt, und beizutragen zu jedem gemeinschaftlichen Werk — und als solches muß jedenfalls unser Bestreben bezeichnet werden.

Kollegen, wir in Nürnberg und Nürnberg haben uns der (wenn auch schwierigen) Aufgabe unterzogen das besagte Werk weiter zu fördern, und wo möglich auch zum Ausbau zu bringen, so weit es uns Kräfte und Mittel gestattet; wir rechnen aber dabei auf die Unterstützung aller

Gewerkschaften, welche einsehen, daß uns, so wie wir, eine elende und unzulässige Existenz und diese in eine bessere und menschenwürdiger umzugestalten. Kollegen, wir unserseits geben Euch die Versicherung, daß wir nicht nur das Beste, was wir besitzen, zum Opfer zu bringen bereit sind für die Erlangung unserer angeborenen Rechte, welche ja doch die Rechte aller Menschen genannt werden müssen. Darum eilet zur Jahne der Internationalen Genossenschaft, welche auf socialdemokratischer Grundlage beruht, und ruft mit uns; doch die Socialdemokratie! hoch die Freiheit aller Proletarier von den Herren, welche uns noch bis jetzt gefangen halten!

In einigen Wochen wird die Generalversammlung der Internationalen Genossenschaft stattfinden und wir beabsichtigen mit derselben einen allgemeinen Schuhmacher-Kongress zu verbinden, dessen Zweck alle Kollegen auf Delegationen zu schicken, um die Ueberwindung aller örtlichen Hindernisse, denen wir möglichste Rechnung getragen werden soll. Zeit und Ort der Generalversammlung resp. des Kongresses, wird im Dr. an „Vollstimm“ bekannt gegeben werden.

Kollegen, schlagen Sie in die Euch dargelegte Probeband, zeigt heute, wie unsere Brüder schon vor Jahrhunderten, daß Ihr bereit zu wachen, wenn es gilt ein großes Werk zu vollbringen. Anträge sind zu richten an:

Franz Münz, postere Ledergasse 30 Nürnberg. Im Auftrag des Verwaltungsraths: Der Vorsitzende Franz Münz.

### Aufruf an sämtliche deutsche Sattlergesellen.

Kollegen! Die Wahrheit ist der Weg, auf dem wir wandeln müssen, um zu unserm Recht zu gelangen; das Recht ist unser Ziel, nach dem wir streben müssen, wenn wir nicht nach und nach unterdrückt werden wollen. Vereinzelt und allein sind wir jedoch nicht im Stände, dieses Ziel zu erreichen, wir müssen uns vereinigen. Die Einzelnen in vor allem Dingen das Nothwendige, was wir etwas bezwecken wollen. Um diese Nothwendigkeit herbeizuführen, ist es nothwendig, daß ein Verein entsteht, ein Verein durch ganz Deutschland, später auch in Verbindung mit anderen des Auslandes. Wenn dieser Verein gestiftet ist, dann können wir auch zu unserm Ziele gelangen. Mit dieser Aufgabe beschäftigen wir uns hier in Göttingen seit einigen Wochen. Zunächst ist es aber nothwendig, daß in den einzelnen Städten sich Mitgliedschaften bilden, hauptsächlich aus den Ritterhofleuten. Dieses ist schon zum Theil geschehen. Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, in die nächsten Städte hin zu reisen, um Versammlungen abzuhalten, dieses ist auch schon zum Theil geschehen; die ferngelegenen Städte suche ich brieflich zur Einigung zu bewegen. Im Namen sämtlicher Kollegen der Altona Mitgliedschaft erlaube ich die Kollegen in den einzelnen Städten, sich zu einigen und Delegationen zu wählen, denn von den Mitgliedschaften, die bereits existieren, ist beschlossene worden, einen Congress am 28. d. M. abzuhalten. Es ist noch unbestimmt, an welchem Orte der Congress stattfinden soll; dies kommt auf die Majorität an. Es ist erwünscht, daß die Delegierten zum Congress mitbringen: 1) Das von der Mitgliedschaft entworfene Statut. 2) Den gegenwärtigen Lohn-Zarif über sämtliche Sattlerarbeit, die in dem Orte gemacht wird. Der Delegierte muß mit der ganzen Vollmacht seiner Ortskollegen ausgerüstet sein. Ich wünsche, daß sämtliche Kollegen zu der Einsicht gelangen mögen, daß es sich um ihr eigenes Wohl und Interesse handelt. Wer wider die Einigung ist, tritt sein eigenes Wohl mit Füßen.

Brüderlichen Gruß an sämtliche Kollegen von Göttingen. Moritz Neubauer.

NB. Briefe u. s. w. sind zu senden an die Sattlergesellen-Moritz Neubauer, Göttinger Ledergasse Nr. 121. Arbeiterfreundliche Blätter werden im Abdruck gebeten.

**Bredow.** Die hiesigen Sattlergesellen fehlen ihre Meister in Kenntnis, daß sie in einer Hauptversammlung beschlossen, vom 21. April an, für die Sonn- und Feiertage, eine Vergütung zu bezogen und zwar in der Höhe von 10 bis 15 Rgr. pro Sonntag. Sollte sich einer oder der andere der Arbeitgeber mit seinen Schülern nicht einigen können, so werden die betreffenden Gesellen am Sonntag, den 21. April, ohne weitere Kündigung die Arbeit verlassen.

**Berden.** (Versammlung a. u. g. d. S.) Am anderen Städtchen Sachsen nicht möglich war, hatten wir für den 17. d. M. Abends 8 Uhr eine öffentliche Vollversammlung einberufen, auf welcher der Leipziger Hochverrathprozess und die neue Gemeindeordnung besprochen resp. diesbezügliche Resolutionen gefaßt werden sollten. Der Saal des Bergschloßes war zur bestimmten Zeit voll gefüllt und konnte man den Rednern, die da und dort hielten, nicht entnehmen, daß die Anwesenden insgesamt gegen das Verdict der Leipziger Gesammtheit sehr unzufrieden waren. Nachdem der Vordränger die Versammlung eröffnet und Bürger Dohauer aus Jandau zum Vordränger gewählt worden war, ergriff Roth, der das Verdict übernommen hatte, das Wort, feingehört zunächst den Begriff „Hochverrath“ und suchte an der Hand der Geschichte nachzuweisen, wie die eigentlichen „Hochverräter“, die Verräther an der hohen Sache der Menschheit, stets verfolgt blieben, und wie gerade solche, die gegen das Umpfen der privilegierten Hochverräter zu Felde zogen, geradezu zu Tode gehen und meistens wegen sogenannter Hochverrathes gefangen, verurtheilt, geköpft, eingekerkert oder auf ähnliche Weise unschädlich gemacht worden sind. Der amnestische „Regierungsdirektor“, ein gewisser Gerichtsamtreferendar Golditz, machte war während dieser Darlegungen sehr bedenklische Miene, lagte aber nichts. Als aber Roth nachwies, daß es nur darauf ankomme, ob man die Macht besitzt, eine getrocknete Umgestaltung von Verfassungen oder Staatsverordnungen mit einem gesetzlichen Nimbus — wenn auch erst nachträglich — zu umgeben, oder ob man über eine solche Macht nicht verfüge, wenn darüber entschieden werden solle, ob etwas Hochverrath sei oder nicht, und als er auf Bis marck hinwies und auszuwanderte, daß derselbe, trotzdem er entgegen der einstmaligen Bundesverfassung, Länder annektiert und fährten entronnt habe, nicht als Hochverräter verfolgt worden sei, weil dieser Umsturz der Verfassung u. s. w. später nach dem Wahrspruch: „Macht ist Recht!“ zu einem legalen, patriotischen Akte gelangt wurde, da sich dem eintrüben Referendar die Geduld und er sich dem Redner einen Ordnungsruf ertheilte. Roth protestirte dagegen. Der Referendar rief: „Ich entziehe Ihnen das Wort!“ — Roth: „Dah haben Sie Recht!“ Referendar: „Die Versammlung ist aufgelöst!“ Sprach und ging seiner Wege, beauftragte aber die anwesenden Polizeibeamten, den Saal zu räumen. Dieses Saalräumen ging nun zwar nicht so schnell von Statten, und ist zu konstataren, daß sich die Anwesenden erst dann entfernten, als sie der Fortkündigung darum erachtete und nachdem bekannt war, daß bald wieder eine Versammlung einberufen werden solle. Nun ging in die ebeneidig gelegenen öffentlichen Wirtschaftskafés, wohin sich über die Polizei, und zwar diesmal vorwärts, auch begeben hatte, um alles „abzutrocknen“ zu können. Die Arbeiter sangen mehrere Proletariatslieder, aber auch dies wurde für „staatsgefährlich“ befunden und vom Wachmeister strengstens verboten; einen Arbeiter, der das bekannte Soldatenlied anstimmte, wollte derselbe sogar verhaften. — Was soll man nun zu solch einer Wirtschaft sagen? Wahrlich, man weiß nicht, lebt man in China oder in der Türkei, denn daß man in einem sogenannten Kulturstaate lebt, will einem nach solchen Vorformnissen doch nicht mehr einleuchten.

### Zur Lage der Mühlenarbeiter.

Die Nr. 31 unseres Parteiorgans brachte mir die erfreuliche Kunde, daß endlich nach längerer Zeit sich Jemand findet, der mit mir fühlt und den guten Willen zeigt, fröhlich wirksam einzutreten für unsere im härtesten Sklavenjoch leuzenden Brüder.

Was den Auslag in Nr. 19 d. Bl. anbelangt, — so mag es immehin sein, daß derselbe in der Schilderung der erbärmlichen Lage der Mühlenarbeiter, noch viel zu wünschen übrig läßt; möchte aber doch der geehrte Herr Verfasser Berücksichtigung heraufschaffen, daß mit dem betr. Artikel bloß ein Auslag gemacht worden ist, die noch im draußenden Schlamme liegenden Arbeiter anzuzuerkennen. Bei diesen schwererleidenden, jawohl schmerzenden und der Knechtschaft so weit verfallenen Geschöpfen bedarf es nicht bloß eines Winkes; sogar die eindringlich-

\*) Wenn eine Revolution von unten gelingt, ist sie auch kein Hochverrath. R. d. B. (1881)

sten Worte und Ermahnungen sind nicht hinreichend, denselben eine Öffnung in das Herz zu pflanzen; eine finkere, frostlose Verzewung hat sich einer großen Anzahl dieser Arbeiter bemächtigt, und es gehört nicht wenig Anstrengung dazu, um nur irgend ein Resultat zu erzielen. Also nicht bloß eines Zeitungartikels bedarf es, um hier zu wirken.

Die Einberufung eines Kongresses von Mühlenarbeitern ist zur Zeit meiner Ansicht nach noch nicht zweckmäßig, würde auch an dem bei jetzt noch vorhandenen Mangel von Erkenntnis scheitern. Vorläufig müssen wir kräftig für unsere Parteiblätter in den Mühlen agitieren und, wo es sich thun läßt, internationale Gewerkschaften gründen. Denn wir dürfen keineswegs die Gewalt und Macht unserer hochbegabten Gegner unterschätzen. Ich weiß selbst einen Fall, daß mich ein Gerichtsam (und zwar das Gerichtsam II. in Leipzig) dazu zwang, Sonntags zu arbeiten; auf meine Frage, ob dieses gesetzlich sei, wurde mir die Antwort zu Theil, in Mühlen wäre das nicht anders. Demzufolge mußten doch die Herren Mühlenbesitzer, ohne südamerikanische Plantagenrechte zu besitzen, ihre Arbeiter als Sklaven behandeln dürfen. Zum Beweis, welche Noth in manchen Mühlen vorrückt ist, setz noch zum Schluß ein von mir selbst erlebter Vorfall erwähnt. In der Mühle, wo ich seinerzeit in Arbeit stand, hatte ich Ende durch das jahrelange (Kampf) in den kältesten Stößen zu transportieren. Ober angekommen, zerbrach das Bier, und mit ungeheurem Gewicht füllte der Fahrenstuhl mit dem darauf befindlichen Boden, von denen je einer 1 1/2 Ctr. wog, darunter, das eines Augenblickes Berührung meiner Haut hatte es bedurft, und ich wäre auf immer ein Krüppel gewesen. Noch stand ich da, starr vor Schreck, keiner Bewegung thätig, als sich der Werkführer mir näherte, und mit den gemeinsten Schimpfereien, die hier wiederzugeben, mit der Kunde verbiethet, um sich warf; die hervorgebrochene Tobjucht endigte mit den dröhnenden Worten: „Wissen Sie, wenn so ein Hund einmal zerstampelt unter Ihren Füßen, lassen Sie denselben noch hübscher hin-auswerfen!“ — Und dies war der treue Diener und Handlanger, eines Mühlenbesizers, welcher durch denartige Unerschämtheiten durch-aus noch nicht zurückgeschreckt war, sondern öffentlich erklärte, daß die Hilfe seines Werkführers dem Gesichte nachtheilig sei.

Also Parteigelassen! Menschenfreunde! Es ruft mit durchdringender Stimme die Pflicht.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, den in Nr. 19 d. Bl. enthaltenen Artikel über „die Lage der Mühlenarbeiter“ aufzunehmen. Leipzig.

**Berlin.** Debatte über das Eisenacher Programm im demokratischen Verein. Am Donnerstag, den 18. d. stattgefundenen Sitzung des demokratischen Vereins wurde Herr Lehmann mit großer Majorität als Vordränger gewählt. Hierauf wurde in die Diskussion über das Eisenacher Programm eingetreten. Herr Flatau motivirte seinen in voriger Versammlung eingebrachten Antrag, analogisch des Eintritts Joh. Jacoby's in die sozialdemokratische Arbeiterpartei, entweder das Eisenacher Programm anzunehmen oder ein neues auf Grundlage der Eisenacher Beschlüsse auszuarbeiten. Herr Dr. Finkler erkannte als das erste demokratische Prinzip an, sich dem Willen der Majorität des Volkes, wenn dieser Willen einestheil zum Ausdruck gelangt, zu fügen. Der Arbeiter Jacoby's könne ihn nicht veranlassen, das Eisenacher Programm anzunehmen, denn er sei frei von jedem Parteinutusse, ob dieser sich als Ideal Jacoby oder Bismarck gestellt. Herr Frische glaube, daß jeder wahre Demokrat Social-Demokrat sein müsse. Wahre Bildung könne auch nur in einem sozialdemokratischen Staat erzielt werden, denn was nützen alle schönen Worte, wenn nicht der Arbeiterstand die Mittel hat, sich zu bilden. Vieles werde die Forderung des Kollektivgenossens angegriffen. Man behaupte, und dies geschah von allen reaktionären Parteien, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Gunsten der Verdrängten abgeändert wurden, dies sei ein Raub. Redner weist darauf hin, daß bei der Aufhebung der Hörigkeit auch die Junker behauptet hätten, es sei ein Raub. Redner glaubt, auch diese Frage sei auf friedliche Weise zu lösen, indem man, wie bei der Domainenab-theilung, den früheren Besitzern eine Entschädigung gewähre. Wenn die demokratische Partei wirklich die Freiheit wolle, und es halte alle Anwesenden für wahrhafte Demokraten, so müsse sie das Prinzip vertreten, die materielle Abhängigkeit des Arbeiters zu beseitigen, und dies geschehe dadurch, daß sie das Eisenacher Programm annehme. Herr Mehring ist gespannt, welche Gründe die Gegner gegen die Annahme des Eisenacher Programms vordringen werden. Herr Wunzel erklärt, es sei ein ganz entschiedener Gegner der Sozial-Demokratie, diese wollten „theilen“, und alles Eigenthum abschaffen. Die Sozial-Demokraten wollten ferner dem Mittelstande das sauer erworbene solide Kapital nehmen. In Frankreich seien immer die Sozialdemokraten Schuld daran gewesen, daß keine freiwirtschaftliche Entwicklung der Verhältnisse stattfinden konnte. Herr Wenzel widerspricht in ausführlicher Rede die Anschauungen des Herrn Wunzel. Das Streben der französischen Arbeiter, ihre Lage zu verbessern und nicht alle Kräfte der Bourgeoisie zu lassen, sei ein ganz berechtigtes. Herr Söhman hält es für Pflicht der politischen Parteien, in die soziale Frage einzugreifen. Er sei für das Eisenacher Programm und will deswegen die soziale Frage offen gehalten wissen, damit die einträglichen Arbeiterangelegenheiten der Sozialdemokraten und Demokraten möglich sei, denn beide Parteien seien ja bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf einander angewiesen. Herr Söhman ist zwar für das Eisenacher Programm, schiebt sich aber aus praktischen Rücksichten den Anschauungen des Herrn Wunzel an, denn die Hauptfrage sei die Verwirklichung der Prinzipien und nicht das Ausfüllen von Programmen. Die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie auf-trete, habe oft die Abneigung an sich. Herr Dr. Sermann ist gleichfalls aus praktischen Gründen, nicht für Ablehnung des Hialom'schen Antrages, denn dies könnte zu Missverständnissen Veranlassung geben, sondern für Uebergang zur Tagesordnung. Man müsse ferner Demokraten den Eintritt in den Verein erlauben, denn mit der Zeit werde nothgedrungen aus jedem Demokrat ein Sozialdemokrat. Herr Börgt glaubt, daß auf rein politischem Gebiete Nichts zu erreichen sei; nur, wenn die Massen bei ihrer schrecklichen sozialen Lage geholt würden, könne man sie zu Demokraten erziehen. Er sei für den zweiten Theil des Hialom'schen Antrages. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Diskussion und Beschlußfassung über das Eisenacher Programm bis zur nächsten Sitzung vertagt.

**Berlin.** (Schuhmacher-Versammlung.) Den 19. d. fand im Saale des Handwerkervereins, Sophienstraße 15, eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Schuhmacher Vereins statt. Herr Doppert hielt ein eingehendes Referat über die Strafs- und Entlohnungsfrage. Die Strafen sind das Heizen, daß das Verwahren der Massen eintritt. Der Arbeiter, der Alles schafft und am wenigsten verdient, muß bestrafenmäßig die meisten Steuern zahlen. Nicht die Klein-Meister, sondern die Großkapitalisten und die feile Presse sind die Feinde der Gesellen. Um Sparen zu unter den jetzigen Verhältnissen trotz aller Lehren von Social-Deichs nicht möglich. Der Staatsminister Geheimrath Dr. Engel weist nach, daß in Berlin jeder unverheiratete Arbeiter, um einigermaßen menschenwürdig leben zu können, ein Einkommen von mindestens 6 Thren. verdienen muß. Ein großer Theil hat aber nur die Hälfte dieses Einkommens. Von verschiedenen Seiten ist ein Normallohnvertrag von 10 Thren, jedoch vergeblich, verlangt worden. An den gegenwärtig sehr schlechten Verhältnissen sind hauptsächlich die Kriegskinder, und was haben wir von all diesen „glänzenden Tugenden“ Nichts. Nun aus der Versammlung: Krüppel und Todte! Nichts. Redner schließt mit den Worten: Ich wäre noch sehr viel zu sagen, allein der Leipziger Hochverrathprozess ist mir noch in zu starker Erinnerung. (Vehementes Brausen.) Redner die Kollegen Berlins sich ohne Ausnahme in ihren Bestrebungen anzuschließen und möge jeder Einzelne ein Agitator sein. — In ähnlicher Weise äußerten sich die Herren Zielowsky, Tiedke, Schulz, Gerber und Kranz. — Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Gesellen wollen hartnäckig streben, den früher geforderten Lohnaufschlag von 25 Pct. wieder zu erhalten.“

**Hienbach a. M.** Die hiesigen Parteigenossen haben eine Resolution gefaßt, in der sie sich entschieden gegen das Utheil des Leipziger Geschworenengerichts in Sachen Bedels und Liebkechts erklären und verpflichten, mit aller Energie dahin zu wirken, daß das Parteiorgan soviel wie möglich verbreitet wird, und die Partei in jeder Beziehung mit dem Tao größer und fester wird.

Flächeninhalt, auf dem sich eine kleine jumpfige Ebene und ein kleines unbedeutendes Wasserlein befindet. Die sodann als einfacher Depositionsort bezeichnete Thälerinsel ist zwar besser gewässert, enthält aber schon eine gewisse Anzahl von Eingeborenen, Colonisten und Missionären, die alles urbare Land bebauen, so daß für die neuen Ankommlinge eigentlich kein Platz mehr vorhanden ist. Was die Insel Mar. betrifft (Vogalys-Gr. pr.), so ist dieselbe eine Korallenbank, die bisher weder erforscht noch colonisirt worden ist. Ihr Boden ist unergiebig und wasserlos; die Eingeborenen, welche man dort findet, trinken Regenwasser, welches sie in Eisternen sammeln und sind nebst dem Menschenfresser. Zum größten Theil nähren sie sich vom Fischfang, der jedoch eine ihnen eigene Geschicklichkeit erfordert. — Nun — unter den Neufaledonischen Menschenfressern sind die sozialistischen Arbeiter immer noch besser dran als in den Klauen der Versoffen Gesellschaftler, auf deren Geheiß neuerdings u. a. wieder eine erschliche Anzahl von Todesurtheilen gefällt worden ist. Rochefort, der schon begnadigt gefogte, wird mit der nächsten Sendung nach Neufaledonien verschifft. Dagegen bestätigt es sich, daß Elisee Reclus auf Englische Verwendung in Freiheit gesetzt worden ist und bereits in der Schweiz seinen Aufenthalt genommen hat.

Leipzig, Dienstag, den 30. d. vereint sich in Dresden eine Gesellschaft, auf deren hochverrathsvorbereitendes Treiben wir als neue Unterthanen hiermit ergebenst aufmerksam machen. Erster Gegenstand auf der Tagesordnung ist (doch erst bitten wir Herrn von Müde, nicht in Ohnmacht zu fallen) erster Gegenstand ist (Hul Hul!); die landläufige Arbeiterfrage, ein Thema, dessen revolutionärer Charakter schon durch die revolutionäre Wortbildung sich zur Genüge ankündigt. Ein anderer Gegenstand ist (ditto ersprechlich!); die Schriftverbreitung, das heißt, (o Graus!) die Propaganda durch Broschüren und Flugblätter! Herr Oberstaatsanwalt Schwarze, der als Adoptivvater und zugleich Geburtshelfer des Leipziger Hochverrathsprozesses die petroleuse Natur der „Ländlichen Arbeiterfrage“ und den umstürzlerischen Charakter der „Christenvereine“ genau kennt, wird hoffentlich die Gelegenheit zu einer neuen staatsreiterischen That nicht veräumen und die frechen Aufwiegler, die ihm vor der Nase ihre hochverrathserischen Fäden zu spinnen sich erlauben, nach Nummer Sicher befördern lassen. Damit der Hr. Oberstaatsanwalt die Zeit nicht mit unnützem Suchen verliert, wollen wir ihm gleich die Adresse geben: es ist der Hauptverrath für die Bräuer Mission, und er versammelt sich in der Diakonissenanstalt. Natürlich ist Hr. Schwarze ein zu guter Jurist, um uns mit dem „Ja, Bauer, das ist was anderes“ zu kommen. Hochverrath ist Hochverrath, ob die, welche ihn „vorbereiten“, sich Sozialdemokraten nennen, oder Mitglieder der Inneren Mission. Gleiche Brüder, gleiche Kappen! Hic Rhodus, hic salta.

Nach Ansicht der Leipziger Staatsanwaltschaft sollte das in Nr. 10 des „Vollstaats“ veröffentlichte Referat über einige Hochverrath (Taxis der Strafen) eine Majestätsbeleidigung enthalten; der Anklagegenosse des hiesigen Bezirksgerichts trat dieser Anschauung bei, und Dienstag den 23. d. M. fand gegen ihn Verhandlung statt und zwar unter Beiziehung von Schöffen und mit Ausschluß der Öffentlichkeit, weil solches das Interesse des Staats rühlich machte. Piebnecht wurde freigesprochen. In nächster Nummer werden wir im Stande sein, das Urtheil zum Abdruck zu bringen. Dasselbe entspricht im Wesentlichen den Ausführungen der Vertheidigung (Freitag's und des Angeklagten) und ist für die Presse, insbesondere die Sächsischen, von hoher prinzipieller Bedeutung.

**Allgemeiner deutscher Schneider Verein.**

Berlin. Da schon Anfrage an den Ausschuss wegen der diesjährigen General-Versammlung ergangen ist, so erlaube ich hierdurch die Bevollmächtigten, in den nächsten Mitglieder-Versammlungen diese Frage diskutiren zu lassen und mir die Vorschläge über Zeit und Ort, sowie die etwa zu stellenden Anträge bald zuzusenden, damit der Ausschuss rechtzeitig die betreffenden Gegenstände der Tagesordnung bekannt machen kann. Der Ausschuss glaubt jedoch aufmerksamer machen zu müssen, daß es in geschäftlicher Beziehung nicht zweckmäßig erscheint, vor Mitte Juni die General-Versammlung zu berufen, da gleichzeitig mit derselben ein allgemeiner Schneidertag verbunden werden soll, wie wir dies bereits schon früher mitgeteilt haben. Die massenhaften Streiks der Schneider in diesem Jahr, bei welchen die meisten Städte vollständig isolirt bestanden, beweisen evident die Nothwendigkeit einer Vereinigung aller Schneider, da es sonst absolut unmöglich ist, der Kapitalmacht, welche uns, namentlich bei der Konfektionsarbeit, auslaugt, auf die Dauer mit Erfolg entgegen treten zu können.

Hieraus Bezug nehmend, erlaube ich alle Schneider-Vereine, welche die Verbesserung der materiellen Lage unserer Berufsgenossen anstreben, sowohl Fach- als Streit-Vereine u. s. w. in ihren resp. Versammlungen die Nothwendigkeit eines Schneidertages sich klar zu machen, und ihre etwaige Zustimmung, sowie von ihnen zur Verhandlung vorzuschlagende Gegenstände, kurz, möglichst mit zu stellen. Zeit und Ort des Schneidertages wird in einem späteren Aufruf mitgeteilt werden.

Die Delegirten, welche bis 29. d. M. nicht die Abrechnungen eingereicht haben, werden als Säumige im nächsten „Vollstaats“ bekannt gemacht.

Mit Brudergruß und Handschlag.  
A. Reimann,  
im Auftrage des Ausschusses des Allg. deutschen Schneider-Vereins  
alte Jakobstraße Nr. 6.

**Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.**

Dresden, 20. April. In Nr. 31. des „Vollstaats“ befindet sich ein Bericht über die am 12. d. M. abgehaltene Versammlung der Schuhmacher, welche zwar im Wesentlichen richtig ist, jedoch eine falsche Auffassung erfährt konnte.  
Der betreffende Antrag, 20% Lohnhöhung zu fordern, wurde einfach deshalb abgelehnt, weil sich namentlich die Mitglieder der Gewerkschaft darüber klar waren, daß bei der neuen Beschäftigung an der Versammlung ein Strike (und dieser würde sofort da sein) ein Hinderniß wäre. Dies zur Berichtigung.  
Stuttgart zur Nachricht, daß meine Adresse ist: am See Nr. 6, 4. Etage.  
H. Tollner, Bevollmächtigter.

Dresden. Quittung über anwärts eingegangene Gelder beim händigen Strike-Komitee der Tischler: Rainy durch German 62 fl. 12 kr. Coburg 8 Tlr. d. G. Lehmann. C. d. G. Wildstraße 2 Tlr. Amoldau d. Dohauer 4 Tlr. Halle a. S. b. Kaufmann Hr. Leipzig d. Schroder 7 Tlr. 23 Or. Althaus d. Pianoabr. 11 Tlr. 17 Or. 5 Pf. Hannover d. Rindstein 20 Tlr. 20 Or. Wandstedt d. Hofendorf 5 Tlr. 10 Or. München d. Fr. Schö 8 fl. 18 kr. Augsburg d. Rantinger 8 fl. 45 kr. Stuttgart d. Weder 12 fl. 15 kr. d. Anton Hirsch 16 Tlr. Erfurt d. Imhof 5 Tlr. Bremen d. Hesse 18 Tlr. 5 Or. Gera d. Pant 4 Tlr. Chemnitz d. Schmidt 5 Tlr. Berlin d. Ruffsch 89 Tlr. d. Jagdstein 5 Tlr. 28 Or. d. Jul. Höfer 10 Tlr. d. Hirschfeld 4 Tlr. 15 Or. D. 23. April 1872. Das Komitee, Arnold, Vors.

Dresden. Der Strike der Tischlergehilfen dauert fort. Der Geist der Streikenden ist ein fester. In ihrer letzten Versammlung beschlossen sie einstimmig, bis auf den letzten Mann auszuhalten. Wenn die Unterthugungen so fortgehen, wie bisher — und daran ist kein Zweifel, indem bereits von vielen Orten Deutschlands solche eingezogen sind, mit dem Besprechen, noch fester zu sorgen —, dann kann der Strike noch Wochen dauern. Die Vertretung eines Briefes aus Berlin brachte den Streikenden in ihrer letzten Versammlung zur Kenntniß, daß eine Versammlung von 5000 Tischlergehilfen in Berlin beschloßen hat, den Strike der Dresdner Kollegen auf das Entschiedenste zu unterstützen.  
Vor Jung wird nachdrücklich gewarnt.

Leipzig. Schreiber'scher Zweite Quittung bis zum 19. April. Durch G. d. G. in fünf Raten 65 Tlr. Durch Gehlhauer, Grimmschau 2 Tlr. Durch Felzien, Rejos 9 Tlr. 10 Sgr. Durch Engel, Sömmering, Leipzig 1 Tlr. 15 Sgr. Durch Beyer, Leipzig 15 Sgr. Durch Wortmann, Braunschweig 2 Tlr. Von einem Ungenannten Leipzig 1 Tlr. Von Buchbindergehilfen Leipzig 1 Tlr. Von Ruchstofs, Gaimigen 1 Tlr. Durch Weidberg, Götting in zwei Raten 7 Tlr. 25 Sgr. Von Damm, Reudnitz 5 Sgr. Durch Sarantier, Dessau 7 Tlr. Durch Dittmar, Gotze 5 Tlr. 14 Sgr. Von G. d. G. Leipzig 10 Sgr. Durch Götiner, Altschade 2 Tlr. Durch Zimmermann, Mainz 12 Tlr. Durch Fens, Freiburg i. Br. 7 Tlr. 12 Sgr. Durch Koch, Weimar 2 Tlr. 5 Sgr. 9 Pf. Durch Heib, Jülich 1 Tlr. 12 Sgr. 4 Pf. Durch Seidel, Buchbindergehilfen Leipzig 24 Tlr. Von Leopold Jakob, Berlin 2 Tlr. Durch Grafmann, München 12 Tlr. Von social demokratischen Verein Leipzig 7 Tlr. 3 Sgr. Durch Bäder, Berlin 25 Tlr. Durch Kubel, Hannover 15 Tlr. Durch Schindler, Grimmschau 5 Tlr. 20 Sgr. Durch Brüggemann, Magdeburg 5 Tlr. 17 Sgr. Durch Benker, Altenburg 3 Tlr. 7 Sgr. Durch Sedendorf, Greiz 2 Tlr. 4 Sgr. Durch Nicola Marr, Panclova (Ungarn) 1 Tlr. 6 Sgr. Von arbeitenden Kollegen aus Leipzig zusammen 44 Tlr. 24 Sgr. 5 Pf. Summa bis 19. April 508 Tlr. 13 Sgr.

Leipzig. Eine Versammlung der Schuhmacher aus 20 Städten fand am 16. April hier statt. Nachdem als 1. Punkt die Regulativ und die Geschäftsordnung des Schuhmachersberates herab und genehmigt worden, stellte man noch folgende Punkte auf die Tagesordnung. Punkt 2: Einreichung einer Petition wegen Vermehrung der Jahrmärkte. Punkt 3: Die Forderung von Militärdienstleistungen. Der Punkt 4: Das Verhalten der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern betreffend, wurde einstimmig beschlossen, daß Gesellen nur (1?) dann in Arbeit zu nehmen sind, wenn dieselben von der Werkstätte, wo sie jetzt gearbeitet, ein Attest ausweisen können. (2) Punkt 5 betraf den Umlauf des Rohmaterials, und mit dem letzten Punkt der Tagesordnung wurde die Aufstellung eines Preistarifs für die Schuhmacherarbeit (nicht für die Arbeiter) beschlossen.

Leipzig. Lag die Stellung der untern Beamten im Staatsdienst keine berechtigte ist, ist bekannt und erklärt sich der Andrang nach solchen Stellen nur daraus, daß mancher dieser „Staatsdiener“ seinen einzigen Trost in der Aussicht findet, im Alter oder bei überkommener Invalidität durch eine, wenn auch noch so farge, Pension vor der äußersten Noth geschützt zu sein. Noch unglücklicher ist das Loos der vom Staate beschäftigten „Tagelöhner“, bei denen an Pension nicht zu denken, und unter diesen sind, wie nachstehendes zeigt, die Arbeiter der Baha die gedrücktesten.

Die Güterboden-Arbeiter der Kgl. Weill. Staatsbahn in Leipzig, lauten auf eine Petition hin, vom 13. November vor. 3. ab, eine Lohnzulage von täglich ein im Neugroschen erhalten, so daß sich der tägliche Verdienst nun auf 17 Ngr. stellte. Gleichzeitig war ihnen aber auch vom Bodenmeister Palmer die tröstliche Mittheilung geworden, daß nach einem halben Jahre dieser Lohn bis auf 20 Ngr. erhöht werden sollte, eine Zusage, die sich indes von ca. 200 Mann nur für Einen erfüllt hat, der nebst noch als Militärs-Jubiläum jährlich 42 Ngr. Pension erhält. Etwas anderes erfüllte sich aber sicher, die jährliche Personalsteuer erhöhte sich, wie es auch schon früher für jeden Großen Zulage geschah war, abermals um 5 Groschen. Für die Dienerliste sollte der Tagelohn auf 22 Ngr. erhöht und die Lebenssunde mit 15 Pf. bezahlt werden; dies dauerte jedoch nur bis zum 15. dts., dann trat der alte Lohn wieder ein. Ca. 50 Mann erklärten damit nicht ankommen zu können, verlangten 20 Ngr. pro Tag und löbten Montag, den 21. dts., nach dem Frühstück auf zu arbeiten. Zu Nachmittag beschloß, wurde ihnen vom Ober-Betriebs-Inspektor Damm eröffnet, daß ihre Forderung nicht genehmigt werden könne und von demselben, indes noch nicht für gewis, eine Lohnherabsetzung von 1 Ngr. in Aussicht gestellt, „wer aber arbeiten wolle, der könne es thun.“

Zwischen waren aber auch schon 28 Mann der Garnison mit 3 aufstrebenden Unteroffizieren angefangen, welche außer ihren Militärgeldern für 20 Gr. per Tag (ob freiwillig oder nicht, sei dahingestellt) arbeiten sollten und nun, nachdem nur 38 Arbeiter am andern Tage wieder anfangen, während sich die übrigen ablohn ließen, noch arbeiten.

Dem Vernehmen nach soll von höchster Verwaltungshöhe her die Forderung vorliegen, daß die Löhne der Arbeiter bis auf 25 Gr. pro Tag erhöht werden dürfen und erscheint dies auch begründet zu sein, wenn man erfährt, daß den Boden-Arbeitern in Chemnitz ein Lohn von 22 Ngr. pro Tag, bei 2 Ngr. für die Lebenssunde bewilligt worden ist, abgesehen von der früher angeführten Zulage des Bodenmeisters Palmer.

Wie geht es nun aber zu, daß derartige Ungleichheiten bei einer Verwaltung vorkommen können, wer trägt die Schuld daran? Der obersten Leitung, von der ja die beregte Verfügung ausgegangen sein muß, ist sie nicht beizumessen, niedere Regionen bergen die Gefahr der gerechten Ansprüche der Arbeiter.

In Leipzig tritt z. B. der eine Bodenmeister Hr. Schmidt ganz für seine Leute ein, während vom andern Hrn. Palmer dies weniger zu rühmen ist. Ueber Beiden steht nun aber der Güterverwalter Hr. Klingl, und dieser ist es auch, der nicht bezweift, wie sich ein Arbeiter mehr wünschen kann, als 17 Sgr. pro Tag, und seinem Einkauf ist es wohl auch jumeist zuzuschreiben, daß die Forderung der Arbeiter gegen den Willen von „oben“ zurückgewiesen wurde.

Es kümmert sich ein Güterverwalter Klingl, dessen Einkünfte sehr gut, ja gar nicht genau zu berechnen sind, auch darum, was alle Leute, die Jahre lang treu bei ihm gearbeitet, nun anfangen? Nur billige Verwaltung, nach unten, ein Lob von oben und Tantäme so viel als möglich, dann hat der Staats-Diener Klingl seine Pflicht erfüllt.

Eine andere Frage ist aber doch wohl, „5 alles Dies recht ist? Wenn der Bourgeois seine Arbeiter in solcher Weise drückt, dann kann er die ihn zwingende Konkurrenz als Geschäftsbegründungsgrund vorschreiben, — das ist einer Staatsbahn-Verwaltung nicht möglich; sie würde dem Gesamtinteresse mehr nützen, wenn sie ihrem Personal auskömmliche Stellen löste und sich dadurch zuverlässige Leute sicherte, als wenn sie beim Gegentheil vielleicht 1%, mehr Reinertrag aufzuweisen hat.

Ein anderer Punkt ist die bereitwillige Hülfe, welche hier sowohl als anderwärts seitens der Militär-Beiden den Gegnern der Arbeiter dadurch geboten wurde, daß Soldaten, beurlaubt oder kommandirt, ihnen Konkurrenz machen mußten und in der Regel noch für Löhne, wie sie der Arbeiter kaum zu verlangen gewagt, hier pro Tag 20 Sgr. und in dieser Zeit sind gegen den Arbeitstag der Arbeiter noch zwei Überstunden enthalten, für die extra noch 4 Sgr. vergütet worden sind. Dabei trägt der Soldat, der doch zu seiner Ausbildung, wie es heißt, so lange dient, noch des Kaisers Rod u., während der Arbeiter seine eigenen Sachen von seinem kaum zum

Leben ausstehenden Lohn zu beschaffen gezwungen ist. Wo ist denn da das Koalitionsgesetz?

Diebt es dafür keine Staats-Anwälte?

**Berichtigung.**

Es ist in voriger Nummer des „Vollstaats“ (ohne mein Wissen) irrtümlich gesagt worden, ich wäre verbannt worden, trotzdem ich dem Volkeamt Ratensabteilung operirt hätte.  
Das ist unrichtig. Von Ratensabteilungen ist keineswegs die Rede gewesen. Ich habe nur gesagt, daß ich jetzt und in den nächsten Wochen die 25 Tlr. nicht zahlen könne, und darauf ist mir am 16. der Beschluß eröffnet worden, daß ich, wenn ich am 19. nicht bezahle, Haft zu gewärtigen hätte.  
Leipzig, Numero Sicher, den 26. April 1872.  
Adolf Hepner.

\* Mit einer angebl. Berichtigung des hiesigen „Tagesblattes“ werden wir uns in nächster Nummer beschäftigen. A. d. B.

**Briefkasten.**

Der Expedition: Betrag in Hochltz: Annonce kostet 5 Or. Rub. in Berlin 4 Tlr. 24 Or. 4 Pf. f. Schrift. ev. Palm in Siegburg f. Schrift 23 Or. 5 Pf. ev. Garen in Gienach f. Schrift 4 Tlr. 10 Pf. in Köln f. Abon. 1. Qu. 13 Tlr. 1 Or. 5 Pf. Baumann in Althaus f. Abon. 1. Qu. 2 Tlr. 8 Or. 6 Pf. ev. Jod in Hannover f. Abon. 1. Qu. 22 Tlr. 10 Pf. ev. St. Marie-an-Mines f. Abon. 2. Qu. 2 Tlr. 2 Or. ev. B. Kees in Wulst f. Schrift 2 Tlr. 5 Pf. Der Einsender der Annonce „Berichtigung“ Leipzig wolle sich nochmals in die Expedition melden, wählb in Essen: Von der Prokurat der Leipz.-Hochz. Prozedur ersuchen, ca. alle 10 Tage eine Lieferung, Betrag in Reichsmark zu senden. Wähler in Braunschweig f. Abon. 1. Qu. 13 Tlr. 26 Or. ev.

**Für 2. Feuerbach.**

Von W. L. in Bittsburg 5 Doll. und von Frau K. in Hohen 2 Doll.

**Für Leipzig.**

Allgemeine Versammlung der Kürschner und Mützenmacher Leipzigs, im Lokal des Herrn Jahn Rosenthalgasse Nr. 14, Sonnabend den 27. April Abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Die Krankenfahrten, 2. Zweck und Nutzen des Fach-Vereins. — Wir fordern alle Kollegen die mit recht zahlreich zu erscheinen. Die Herren Arbeitgeber sind hiermit höflich eingeladen. Der Vorstand.

Internationale von Leipzigs Umgegend. Sonntag, d. 28. d. Nachmittags 3 Uhr, Uebungsanrath nach Stöckerly. Zusammenkunft Thonberg Nr. 1. Das Warikomitee.

**Für Leipzig.**

Internationale Metallarbeiter-Verein. Montag, den 29. April Abends 8 Uhr Sitzung in der Marienstraße Nr. 9 Restauration zur Nischel. Tagesordnung: Beratung über die Anträge zur Generalversammlung. Die erst neu eingetretenen Mitglieder werden erucht, sich alle einzufinden. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Für Leipzig.**

Section-Versammlung der Tischler und Pianoortentischer. Montag den 29. April Abends 8 Uhr im Thuringerhof, Barackstraße.

**Für Göttingen.**

Morgen, Sonntag Abend von 6 Uhr an gesellige Zusammenkunft bei Rath, Kuckelcher, Piesteler.

**Für Breslau.**

Statistische Kommission der Breslauer Arbeiter. Große Arbeiterversammlung. Montag, den 29. April Abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des Gasthauses zum goldenen Szepter, Klosterstraße. Tagesordnung: Die Statistik als Grundpfeiler für den Bau jeder künftigen Gesellschaft Vortrag von B. Geiser.

Am Anschluß an den Vortrag: Bericht über die Thätigkeit der statistischen Kommission, und Beratung über die weitere Ausdehnung der statistischen Ermittlungen.

**Leistung und Dank.**

Der Thaler Unterstützung habe ich zum Gedächtniß meiner Ehefrau von dem social-demokratischen Arbeiter-Verein K. H. G. erhalten, wofür ich meinen besten Dank öffentlich absetze. Treu werde ich zur Fahne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit halten, bis auch mir mein Auge bricht.

Tacum rure ich aus: Doch die Social-Demokratie, bei der die Fahne der Gerechtigkeit zu finden ist!  
Hermann Berthaus, Fabrik-Schuhmacher und Parteigenosse zu Köchly.

**Anforderung.**

Parteigenosse und Agitator Robert Kirchbach von Zug bei Freiberg, früher Mitglied in Köchly, wird gebeten, seine Adresse im „Vollstaats“ bekannt zu machen und den Köchlyer so wie den Göttinger Parteigenossen baldigst Nachricht zu erteilen, da ihn durch Maßregelung das Schicksal betroffen, daß er nicht persönlich von seinen Brüdern Abschied nehmen konnte.

Die Weithainer und Köchlyer Parteigenossen. Desgleichen wird der obengenannte Kirchbach gebeten, das Zweigespräch von der Wohnungs-Roth per Post zu schicken an Parteigenossen W. Lehmann, Köchly Mählaraben 298.

**Für Werdau.**

Öffentliche Volksversammlung im Saale der Lindner'schen Restauration zum Bergkeller in Werdau, Sonnabend, den 27. d. M. Abends 8 Uhr. Tagesordnung: Der Leipziger Hochverrathprojekt und das neue Gemeindevahlrecht nach dem 20-Groschenzensus. Referent: Herr Schru aus Leipzig.

**Für Augsburg.**

Der Leipziger Hochverrathprozess ist durch die Unersättliche zu bezichen und ist die erste Forderung bereits erschienen. Keinem Parteigenossen sollte derselbe fehlen. Die Filialexpedition. G. Stollberg.

**Für Köchly.**

Montag, den 5. Mai Generalversammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins im Lokal des Herrn Engert, Rathhausstraße. G. F. Männel.

**Geburtsanzeige.**

Venig. Am 19. April früh 1/2 hat mich meine Frau durch die Geburt eines gesunden Sohnes erfreut, und ist derselbe unter dem Namen Carl August in die Disidenten-Liste eingetragen. Möge unser Kind festhalten an dem Glaubensbekenntnisse welches zu allen Zeiten untrüglich ist: es gibt nur Eine Wurzel des Bösen, das ist der Egoismus und nur Eine Wurzel des Guten, das ist die Liebe; wer aber in Wahrheit liebt, dem fallen alle anderen Tugenden von selbst zu. Venig den 19. April 1872. Carl Schumann mit Frau.

**Anzeige.**

Parteigenosse Scharf aus Breslau suchen wir, und endlich einen schon lange gehesenen Brief nebst Adresse zukommen zu lassen. G. K. Dreier. Abon. Nr. 8.

Leipzig: Verano. edant A. Rath (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag v. F. Thiele.